

Stand: 18.02.2026 22:58:54

## Vorgangsmappe für die Drucksache 19/305

"Vorschlag für eine Empfehlung des Rates "Europa in Bewegung" - Lernmobilität für alle  
COM(2023) 719 final BR-Drs.: 643/23"

---

### Vorgangsverlauf:

1. Europaangelegenheit (Drucksache) 19/305 vom 23.01.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/663 des BI vom 12.03.2024
3. Beschluss des Plenums 19/683 vom 13.03.2024
4. Plenarprotokoll Nr. 13 vom 13.03.2024



## **Europaangelegenheit**

**des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen**

**Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union**

**Vorschlag für eine Empfehlung des Rates "Europa in Bewegung" - Lernmobilität für alle**

**COM(2023) 719 final**  
**BR-Drs.: 643/23**

**Verfahren gemäß § 83c BayLTGeschO**

1. Der Ausschuss hat in seiner 3. Sitzung am 23. Januar 2024 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Stellungnahme des Landtags zum Vorschlag für eine Empfehlung des Rates erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, den Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bildung und Kultus zu überweisen (§ 83c Abs. 1 BayLTGeschO).

### **Begründung:**

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist der **Vorschlag** für eine Empfehlung des Rates landespolitisch von Bedeutung und Interessen des Landes sind berührt.

Mit dem vorgeschlagenen EU-Rahmen für die Lernmobilität wird die Empfehlung des Rates „Jugend in Bewegung – die Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken fördern“ aus dem Jahr 2011 aktualisiert. Ziel der Ratsempfehlung ist es, die Lehr- und Lernmobilität in allen Bildungsbereichen zu steigern und als festen Bestandteil zu integrieren. Dazu werden folgende Hauptziele des aktualisierten Rahmens benannt:

- Schaffung von Mobilitätschancen für eine weit größere Vielfalt von Teilnehmenden;
- Förderung der ökologischen und digitalen Mobilität sowie einer ausgewogenen Mobilität;
- internationale Zusammenarbeit im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung, einschließlich der Lernmobilität.

### **Vorgeschlagen werden:**

- neue Zielvorgaben zur Steigerung der Mobilitätserfahrung;
- neue Lernmuster, einschließlich der Verbreitung digitaler Instrumente für Lernen und integriertes Lernen sowie einer nachhaltigeren Mobilität;
- die Verpflichtung der Kommission zur Überwachung und Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Entwicklung ihrer nationalen Aktionspläne zur konkreten Umsetzung der Ziele.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Bildung und Kultus**

**Europaangelegenheit des Ausschusses für Bundes- und**

**Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen**

Drs. 19/305

**Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union;**

**Vorschlag für eine Empfehlung des Rates "Europa in Bewegung" - Lernmobilität  
für alle**

**COM(2023) 719 final**

**BR-Drs.: 643/23**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Das EU-Vorhaben wird zur Kenntnis genommen mit folgenden Maßgaben:

1. Der Bayerische Landtag unterstreicht, dass Lernmobilität einen wesentlichen Beitrag für die persönliche Entwicklung der Menschen, deren interkulturelle und sprachliche Kompetenzen, die Beschäftigungsfähigkeit sowie zur Übernahme demokratisch-gesellschaftlicher Verantwortung leisten kann.
2. Der Bayerische Landtag begrüßt daher die Absicht der Europäischen Union, auch in Zukunft Mobilitätserfahrungen für Lernende und Lehrende in allen Bildungsbereichen zu stärken und auszubauen. Er weist jedoch darauf hin, dass dies zwingend die Bereitstellung ausreichender Finanzmittel für das Programm Erasmus+ durch die Europäische Union, auch in der nächsten Programmperiode für die Jahre 2028-2034, voraussetzt.
3. Der Bayerische Landtag unterstützt das Ziel der Europäischen Union, günstige Voraussetzungen für Lernmobilität zu schaffen und das Programm Erasmus+ in der Zukunft noch inklusiver und nachhaltiger auszustalten. Dies gilt insbesondere für die Absicht, den Zugang von Menschen, die aufgrund soziodemografischer oder persönlicher Faktoren bislang nur schwer an einer Lernmobilität teilnehmen konnten, zu erleichtern. Gleichzeitig unterstreicht der Bayerische Landtag die Notwendigkeit, Mobilitätshindernisse, soweit wie möglich, abzubauen, die Zusammenarbeit relevanter Akteure im nationalen und internationalen Bereich zu stärken und Synergieeffekte mit anderen EU-Programmen und Mobilitätsinitiativen zu nutzen.
4. Im Hinblick auf die Ausgestaltung der Ratsempfehlung und der darin enthaltenen Vorschläge erinnert der Bayerische Landtag daran, dass die Europäische Bildungszusammenarbeit auf den Prinzipien der Freiwilligkeit und der Subsidiarität basiert und dass die in den Gründungsverträgen der Europäischen Union festgelegten Kompetenzgrenzen und insbesondere die Verantwortung der Mitgliedstaaten (und in Deutschland insbesondere der Länder) für die Lehrinhalte und die Gestaltung des Bildungssystems sowie für die Vielfalt ihrer Kulturen und Sprachen bei der Umsetzung aller Vorschläge strikt zu beachten sind.

5. Vor diesem Hintergrund weist der Bayerische Landtag darauf hin, dass durch die Vorschläge der Europäischen Union zur Förderung der grenzüberschreitenden Mobilität keine Pflichten zur Durchführung oder Wahrnehmung konkreter Mobilitätsmaßnahmen begründet werden sollten. Die Teilnahme an den Mobilitätsangeboten sollte immer auf den Prinzipien der Freiwilligkeit und der Machbarkeit basieren und sich in die strukturellen und organisatorischen Gegebenheiten der Mitgliedstaaten, etwa bei der Schul- und Unterrichtsorganisation oder der Lehrkräfteaus- und -fortbildung einfügen lassen. So können die im Entwurf der Ratsempfehlung genannten Ideen zur systematischen Integration von Mobilitätserfahrungen in die Lehrkräfteausbildung und in die Curricula, Lehrpläne und Schuljahreskalender, zur formellen arbeits- bzw. dienstrechtlichen Anerkennung von Mobilitätserfahrungen sowie zu deren Organisation und Ausgestaltung allenfalls als Vorschläge zur freiwilligen Umsetzung verstanden werden.
6. Der Bayerische Landtag erinnert nochmals daran, dass die administrativen Belastungen der Mitgliedstaaten und ihrer Bildungseinrichtungen möglichst gering gehalten werden müssen. Alle Vorschläge müssen einen nachvollziehbaren Mehrwert besitzen und hinsichtlich ihres Kosten-Nutzen-Verhältnisses sorgsam abgewogen werden.
7. Der Bayerische Landtag warnt schließlich erneut vor der Schaffung zusätzlicher Bürokratie. Vor dem Hintergrund der bereits bestehenden Ziele, Berichtspflichten und vieler weiterer Monitoring-Maßnahmen, etwa auf der Basis des „Strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung mit Blick auf den europäischen Bildungsraum und darüber hinaus (2021-2030)“ sind die Überlegungen der Europäischen Union zur weiteren Sammlung von Daten, zu neuen Berichtspflichten oder zur Schaffung von neuen nationalen Aktionsplänen genau zu überprüfen.
8. In diesem Kontext weist der Bayerische Landtag erneut darauf hin, dass eine umfassende Bewertung und Überwachung der mitgliedstaatlichen Bildungssysteme durch die Europäische Kommission wegen der Strukturunterschiede in den EU-Mitgliedstaaten und der daraus resultierenden fehlenden Vergleichbarkeit nicht nur schwer zu realisieren sind; sie würden zugleich dem Grundprinzip der Freiwilligkeit der Europäischen Bildungskooperation widersprechen.
9. Ebenso weist der Bayerische Landtag darauf hin, dass zunächst die Erreichung der bestehenden Zielzahlen im Bereich Lernmobilität angestrebt werden sollte, bevor neue Zielzahlen in den Blick genommen werden. Soweit eine Festlegung neuer Zielzahlen nicht zu vermeiden ist, sollte darauf geachtet werden, dass diese - im Lichte der globalen Herausforderungen und der in den nächsten Jahren und in Zukunft absehbar zur Verfügung stehenden Finanzmittel für das Programm Erasmus+ - ein Ambitionsniveau verfolgen, das auch realistisch erreichbar ist.“

Berichterstatter:

**Kristan Freiherr von Waldenfels**

Mitberichterstatter:

**Benjamin Adjei**

## **II. Bericht:**

1. Das nichtlegislative Vorhaben der Europäischen Union (§ 83c BayLTGeschO) wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das EU-Vorhaben endberaten.
2. Der Ausschuss für Bildung und Kultus hat das EU-Vorhaben in seiner 4. Sitzung am 8. Februar 2024 beraten und einstimmig beschlossen, die Federführung zu übernehmen (§ 83c Abs. 2 BayLTGeschO).

3. Der Ausschuss für Bildung und Kultus hat das EU-Vorhaben in seiner 5. Sitzung am 29. Februar 2024 federführend beraten und mit folgendem Stimmergebnis:  
CSU: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
AfD: Ablehnung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
SPD: Zustimmung  
zu der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung Zustimmung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das EU-Vorhaben in seiner 6. Sitzung am 12. März 2024 endberaten und mit folgendem Stimmergebnis:  
CSU: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
AfD: Ablehnung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
SPD: Zustimmung  
empfohlen, der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zu zustimmen mit der Maßgabe, dass folgender Satz angefügt wird: „Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.“

**Dr. Ute Eiling-Hüting**  
Vorsitzende



## **Beschluss des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

### **Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union**

**Vorschlag für eine Empfehlung des Rates „Europa in Bewegung“ –  
Lernmobilität für alle  
COM(2023) 719 final**

**BR-Drs.: 643/23  
Drs. 19/305, 19/663**

Das EU-Vorhaben wird zur Kenntnis genommen mit folgenden Maßgaben:

1. Der Bayerische Landtag unterstreicht, dass Lernmobilität einen wesentlichen Beitrag für die persönliche Entwicklung der Menschen, deren interkulturelle und sprachliche Kompetenzen, die Beschäftigungsfähigkeit sowie zur Übernahme demokratisch-gesellschaftlicher Verantwortung leisten kann.
2. Der Bayerische Landtag begrüßt daher die Absicht der Europäischen Union, auch in Zukunft Mobilitätserfahrungen für Lernende und Lehrende in allen Bildungsbereichen zu stärken und auszubauen. Er weist jedoch darauf hin, dass dies zwingend die Bereitstellung ausreichender Finanzmittel für das Programm Erasmus+ durch die Europäische Union, auch in der nächsten Programmperiode für die Jahre 2028 bis 2034, voraussetzt.
3. Der Bayerische Landtag unterstützt das Ziel der Europäischen Union, günstige Voraussetzungen für Lernmobilität zu schaffen und das Programm Erasmus+ in der Zukunft noch inklusiver und nachhaltiger auszustalten. Dies gilt insbesondere für die Absicht, den Zugang von Menschen, die aufgrund soziodemographischer oder persönlicher Faktoren bislang nur schwer an einer Lernmobilität teilnehmen konnten, zu erleichtern. Gleichzeitig unterstreicht der Bayerische Landtag die Notwendigkeit, Mobilitätshindernisse soweit wie möglich abzubauen, die Zusammenarbeit relevanter Akteure im nationalen und internationalen Bereich zu stärken und Synergieeffekte mit anderen EU-Programmen und Mobilitätsinitiativen zu nutzen.
4. Im Hinblick auf die Ausgestaltung der Ratsempfehlung und der darin enthaltenen Vorschläge erinnert der Bayerische Landtag daran, dass die Europäische Bildungszusammenarbeit auf den Prinzipien der Freiwilligkeit und der Subsidiarität basiert und dass die in den Gründungsverträgen der Europäischen Union festgelegten Kompetenzgrenzen und insbesondere die Verantwortung der Mitgliedstaaten (und in Deutschland insbesondere der Länder) für die Lehrinhalte und die Gestaltung des Bildungssystems sowie für die Vielfalt ihrer Kulturen und Sprachen bei der Umsetzung aller Vorschläge strikt zu beachten sind.

5. Vor diesem Hintergrund weist der Bayerische Landtag darauf hin, dass durch die Vorschläge der Europäischen Union zur Förderung der grenzüberschreitenden Mobilität keine Pflichten zur Durchführung oder Wahrnehmung konkreter Mobilitätsmaßnahmen begründet werden sollten. Die Teilnahme an den Mobilitätsangeboten sollte immer auf den Prinzipien der Freiwilligkeit und der Machbarkeit basieren und sich in die strukturellen und organisatorischen Gegebenheiten der Mitgliedstaaten, etwa bei der Schul- und Unterrichtsorganisation oder der Lehrkräfteaus- und –bildung, einfügen lassen. So können die im Entwurf der Ratsempfehlung genannten Ideen zur systematischen Integration von Mobilitätserfahrungen in die Lehrkräfteausbildung und in die Curricula, Lehrpläne und Schuljahreskalender, zur formalen arbeits- bzw. dienstrechtlichen Anerkennung von Mobilitätserfahrungen sowie zu deren Organisation und Ausgestaltung allenfalls als Vorschläge zur freiwilligen Umsetzung verstanden werden.
6. Der Bayerische Landtag erinnert nochmals daran, dass die administrativen Belastungen der Mitgliedstaaten und ihrer Bildungseinrichtungen möglichst gering gehalten werden müssen. Alle Vorschläge müssen einen nachvollziehbaren Mehrwert besitzen und hinsichtlich ihres Kosten-Nutzen-Verhältnisses sorgsam abgewogen werden.
7. Der Bayerische Landtag warnt schließlich erneut vor der Schaffung zusätzlicher Bürokratie. Vor dem Hintergrund der bereits bestehenden Ziele, Berichtspflichten und vieler weiterer Monitoring-Maßnahmen, etwa auf der Basis des „Strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung mit Blick auf den europäischen Bildungsraum und darüber hinaus (2021-2030)“ sind die Überlegungen der Europäischen Union zur weiteren Sammlung von Daten, zu neuen Berichtspflichten oder zur Schaffung von neuen nationalen Aktionsplänen genau zu überprüfen.
8. In diesem Kontext weist der Bayerische Landtag erneut darauf hin, dass eine umfassende Bewertung und Überwachung der mitgliedstaatlichen Bildungssysteme durch die Europäische Kommission wegen der Strukturunterschiede in den EU-Mitgliedstaaten und der daraus resultierenden fehlenden Vergleichbarkeit nicht nur schwer zu realisieren sind; sie würden zugleich dem Grundprinzip der Freiwilligkeit der Europäischen Bildungskooperation widersprechen.
9. Ebenso weist der Bayerische Landtag darauf hin, dass zunächst die Erreichung der bestehenden Zielzahlen im Bereich Lernmobilität angestrebt werden sollte, bevor neue Zielzahlen in den Blick genommen werden. Soweit eine Festlegung neuer Zielzahlen nicht zu vermeiden ist, sollte darauf geachtet werden, dass diese – im Lichte der globalen Herausforderungen und der in den nächsten Jahren und in Zukunft absehbar zur Verfügung stehenden Finanzmittel für das Programm Erasmus+ – ein Ambitionsniveau verfolgen, das auch realistisch erreichbar ist.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Die Präsidentin

**Ilse Aigner**

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Abstimmung**

**über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Votums seiner Fraktion einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Damit ist das so beschlossen bzw. sind die Voten übernommen.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der  
Abstimmung über die Verfassungsstreitigkeiten,  
Europaangelegenheiten und nicht einzeln zu beratenden  
Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen  
oder  
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder  
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Verfassungsstreitigkeiten**

1. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 28. Dezember 2023 (1 BvF 1/18) betreffend Verfahren über den Antrag festzustellen, ob Artikel 11 Absatz 3, Artikel 13 Absatz 1 Nummer 1b), Artikel 14 Absatz 1 Nummer 4, Artikel 15 Absatz 3 Nummer 1, Artikel 16 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und Absatz 2 Satz 1 („einer drohenden Gefahr für ein bedeutendes Rechtsgut“), auch im Zusammenhang mit Artikel 17 Absatz 1 Nummer 4 („dies unerlässlich ist, um Maßnahmen nach Artikel 16 durchzusetzen“), Artikel 20 Nummer 3 Satz 3, Artikel 21 Absatz 1 Nummer 3, Artikel 25 Absatz 1 Nummer 1b), Artikel 32 Absatz 1 Satz 2, Artikel 33 Absatz 2 Nummer 1b), Artikel 34 Absatz 1 Satz 1, Artikel 35 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, Artikel 36 Absatz 2, Artikel 40 Absatz 1 Nummer 2, Artikel 42 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, Artikel 45 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und Artikel 60 Absatz 3 Nummer 1 des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz – PAG) vom 14. September 1990 (GVBl. S. 397) in der Fassung des Gesetzes zur Neuordnung des Bayerischen Polizeirechts (PAG-Neuordnungsgesetz) vom 18. Mai 2018 (GVBl. S. 301 und 434) mit dem Grundgesetz unvereinbar und daher nichtig ist PII-3001-3-3  
Drs. 19/576 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Klage ist zulässig, aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A

2. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 17.11.2023 (1 BvR 2271/18 und 1 BvR 506/19) betreffend Verfassungsbeschwerde gegen Artikel 36 Absatz 1 bis 3, Artikel 37 Absatz 1 und Absatz 4 Satz 2, Artikel 38 Absatz 1, Artikel 39 Absatz 1 und Absatz 3 Satz 3 in Verbindung mit Artikel 40 Absatz 1 Nummer 2 und 3, Artikel 42 Absatz 1 und Absatz 2, Artikel 45 Absatz 1 und Absatz 2, Artikel 47 Absatz 1 Nummer 2, 4 in Verbindung mit Artikel 42 Absatz 1, 2 und Absatz 5 und Artikel 86 Absatz 1 Satz 2 in Verbindung mit Artikel 86 Absatz 4 und Artikel 83 Absatz 4 des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz – PAG) vom 14. September 1990 (GVBl. S. 397) in der Fassung des Gesetzes zur Neuordnung des Bayerischen Polizeirechts (PAG-Neuordnungsgesetz) vom 18. Mai 2018 (GVBl. S. 301 und 434)  
– 1 BvR 2271/18 –  
gegen Artikel 22 Absatz 2, Artikel 32, 33, 35, 36, 37, 38, 40, 41, 42, 43, 44 Absatz 1 Satz 5, Artikel 45, 47, 49, 60 Absatz 3 und Artikel 61 Absatz 2 des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz-PAG) vom 14. September 1990 (GVBl. S. 397) in der Fassung des Gesetzes zur Neuordnung des Bayerischen Polizeirechts (PAG-Neuordnungsgesetz) vom 18. Mai 2018 (GVBl. S. 301 und 434)  
– 1 BvR 506/19 –  
PII-3001-3-2  
Drs. 19/575 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.  
II. Die Klage ist zulässig, aber unbegründet.  
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A
--------------------------	--------------------------	-------------------------------	----------------------------	----------------------------

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 22. Januar 2024 (Vf. 4-VII-24) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Bebauungsplans mit Grünordnung Nr. 2109 der Landeshauptstadt München vom 6. Juli 2022  
PII-3001-2-1  
Drs. 19/578 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/> Z				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	----------------------------

**Europaangelegenheiten**

4. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Gerhard Hopp, Martin Wagle, Alex Dorow u.a. CSU  
Subsidiarität  
Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Mechanismus zur Überwindung rechtlicher und administrativer Hindernisse in einem grenzübergreifenden Kontext  
COM(2023) 790 final  
BR-Drs. 46/24  
Drs. 19/588, 19/650

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/>

5. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union  
Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Entwicklung der Rahmenbedingungen für die Sozialwirtschaft  
COM(2023) 316 final  
BR-Drs. 305/23  
Drs. 19/303, 19/651

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag nimmt das Vorhaben mit den auf Drs. 19/651 veröffentlichten Anmerkungen zur Kenntnis.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

6. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union  
Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, dem Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:  
EU-Justizbarometer 2023  
COM(2023) 309 final  
BR-Drs.: 323/23  
Drs. 19/304, 19/654

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im nichtlegislatischen Verfahren der Europäischen Union die auf Drs. 19/654 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

7. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union  
Vorschlag für eine Empfehlung des Rates „Europa in Bewegung“ – Lernmobilität für alle  
COM(2023) 719 final  
BR-Drs.: 643/23  
Drs. 19/305, 19/663

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag nimmt das Vorhaben mit den auf 19/663 veröffentlichten Maßgaben zur Kenntnis.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

**Anträge**

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Verena Osgyan, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wissenschaftsstandort Bayern erhalten – Personal an unseren Hochschulen stärken  
Drs. 19/31, 19/536 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bericht zum Testbetrieb der „Verfahrensübergreifenden Recherche- und Analyseplattform“ – VeRA  
Drs. 19/113, 19/478 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

10. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD) Lachgas – die neue Drogenepidemie?  
Drs. 19/135, 19/477 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

11. Antrag der Abgeordneten Oskar Lipp, Florian Köhler, Johannes Meier und Fraktion (AfD) Grünflation stoppen: CO<sub>2</sub>-Abgabe abschaffen!  
Drs. 19/203, 19/617 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

12. Antrag der Abgeordneten Dr. Stephan Oetzinger, Robert Brannekämper, Kerstin Schreyer u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Bericht über Arbeitsbedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs und junger Wissenschaftler im Vergleich  
Drs. 19/227, 19/609 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

13. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Ute Eiling-Hüting u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Jugendherbergen sicher durch die Krise bringen  
Drs. 19/228, 19/592 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

14. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Ralf Stadler, Oskar Lipp u.a. und Fraktion (AfD)  
Hofnahe Schlachtung in Bayern  
Drs. 19/236, 19/607 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

15. Antrag der Abgeordneten Oskar Lipp, Ralf Stadler, Harald Meußgeier u.a. und Fraktion (AfD) Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf landwirtschaftlichen Flächen Drs. 19/238, 19/581 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

16. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier u.a. und Fraktion (AfD) Tourismus in Niederbayern Drs. 19/239, 19/555 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD) Verbot der Gendersprache an Hochschulen in Bayern Drs. 19/270, 19/600 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD) Anhörung: Für eine EU ohne Antisemitismus Drs. 19/271, 19/487 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Agrardieselrückvergütung beibehalten und Biokraftstoffe steuerfrei stellen  
Drs. 19/272, 19/605 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/> ENTH				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------

20. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Anna Rasehorn, Nicole Bäumler u.a. SPD  
Gegen Antisemitismus in Bayern – langfristige Finanzierung von RIAS Bayern sicherstellen  
Drs. 19/280, 19/620 (A) [X]

**Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO**  
Votum des **mitberatenden** Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Sachstand zur Standortsuche für einen Neubau der Justizvollzugsanstalt Bamberg  
Drs. 19/297, 19/594 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
-------------------------------	-------------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Aktueller Stand Zukunftsinitiative Deutsches Museum  
Drs. 19/298, 19/601 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Geldnot der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt  
Drs. 19/299, 19/602 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haus der Kunst: Zeitplan für eine nachhaltige und  
nutzerorientierte Sanierung  
Drs. 19/300, 19/603 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bericht über den Beitrag Bayerns zum Weltnaturerbe „Grünes Band“  
Drs. 19/301, 19/616 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

26. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Lehrschlachthöfe errichten – mehr Tierwohl und mehr Praxisnähe für die Studierenden Drs. 19/302, 19/587 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

27. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Naturkundemuseum Bayern: Sachstandsbericht Drs. 19/308, 19/604 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

28. Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD) Pendler entlasten – Erhöhung und Dynamisierung der Entfernungspauschale Drs. 19/310, 19/606 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

29. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Ferdinand Mang, Benjamin Nolte und Fraktion (AfD) Regionale Identität stärken: Denkmalschutzprogramm zum Schutz und zur Wiederbelebung dörflicher Strukturen auflegen Drs. 19/317, 19/593 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

30. Antrag der Abgeordneten Walter Nussel, Alexander Flierl,  
Dr. Gerhard Hopp u.a. CSU,  
Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u.a.  
und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Biokraftstoff aus China auf Echtheit kontrollieren  
Drs. 19/325, 19/621 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

31. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Petra Högl,  
Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,  
Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a.  
und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Kein Strukturbruch in der landwirtschaftlichen Tierhaltung und  
Beibehaltung der bisherigen Rechtslage bezüglich Jagdhunden  
bei der geplanten Änderung des Tierschutzgesetzes  
Drs. 19/349, 19/618 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	A	A
--------------------------	--------------------------	--------------------------	---	---

32. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke,  
Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),  
Alexander Flierl, Petra Högl, Josef Zellmeier u.a. CSU  
Entnahme von Saatkrähen zur Verhinderung landwirtschaftlicher  
und urbaner Schäden  
Drs. 19/350, 19/619 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	A	ENTH
--------------------------	--------------------------	--------------------------	---	------

33. Antrag der Abgeordneten Dr. Gerhard Hopp, Dr. Ute Eiling-Hüting, Holger Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Der Freistaat Bayern steht fest und solidarisch an der Seite Israels  
Drs. 19/355, 19/542 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

34. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Wartezeiten für Gентest auf Veränderungen in den beiden Genen BRCA1 und BRCA2 verkürzen!  
Drs. 19/356, 19/610 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<span style="border: 1px solid black; padding: 2px;">ENTH</span>	<span style="border: 1px solid black; padding: 2px;">ENTH</span>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--	--

35. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Nicole Bäumler, Doris Rauscher u.a. SPD  
Anhörung zur Änderung des Pflegendenvereinigungsgesetzes  
Drs. 19/358, 19/595 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<span style="border: 1px solid black; padding: 2px;">ENTH</span>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--	--------------------------	--------------------------

36. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Für das Klima und die Planungssicherheit unserer Kommunen:  
Wärmeplanung jetzt in Bayern umsetzen  
Drs. 19/368, 19/622 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

37. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)  
Kleinbäuerliche Landwirtschaft erhalten: Berlin die rote Karte zeigen!  
Drs. 19/390, 19/608 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

38. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
VeRA: Für einen effektiven und rechtssicheren Testbetrieb  
Drs. 19/471, 19/591 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				